

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Verantwortlicher Redakteur:
Fritz Knaus.
Druck u. Verlag: Auer-Druck-
u. Verlagsanstalt m. b. H.
Auer. Telegramm-Adresse:
Tageblatt Erzgebirge.
Fernsprecher-Nummer Nr. 23.

Abgabepreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 3.50 M. Bei der Geschäftsstelle abwärts monatlich 3.40 M. Bei der Post bezahlt und selbst abgeholt ebenfalls 3.50 M., monatlich 3.40 M. Durch den Briefträger frei ins Haus vier- bis höchstens 11.40 M. monatlich 3.40 M. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonntagen und Feiertagen. Unsere Zeitungsabnehmer und Abnehmer, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigerpreise: Die Anzeigerpreise der Zeitungsblätter oder deren Raum für Anzeigen aus Auer und dem Bezirk Schwarzenberg 70 Hfg., auswärts 80 Hfg., Restantenteile für Auer und den Bezirk Schwarzenberg 40 Hfg., sonst 50 Hfg. Bei großen Abhängen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9 Uhr vorm. Für Fehler im Satz kann keine Haftung übernommen werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder dem Anzeiger nicht deutlich lauter ist.

Nr. 103

Donnerstag, den 6. Mai 1920

15. Jahrgang

Das Neueste vom Tage.

Der bisherige sächsische Ministerpräsident Dr. Gradnauer verabschiedete sich gestern von den Ministerialdirektoren sämtlicher Ministerien und übergab die Amtsgeschäfte an seinen Nachfolger Buck.

Der französische Ministerpräsident Millerand ist zwecks Bülkungsnahme mit deutschen Handels- und Industriekreisen zum Besuche der Messe in Frankfurt a. M. eingetroffen.

Wie verlautet, hat Präsident Wilson beschlossen, sein Veto gegen die Resolution Knox über das Eintreten des Friedenszustandes mit Deutschland und Oesterreich einzulegen.

Der ungarischen Friedensdelegation ist gestern nachmittag in Versailles die Antwort auf die Gegenanschläge Ungarns übermittelte worden. Die Antwort der Ungarn muß binnen zehn Tagen erfolgen.

Nordfriesland wurde am 5. Mai von den Dänen militärisch besetzt.

Die unmögliche Schiffsablieferung

Eine deutsche Denkschrift in Paris.

Die deutsche Friedensdelegation in Paris hat der Reparationskommission eine Denkschrift überreicht, in der in Ergänzung der von der deutschen Schiffsablieferungsdelegation bereits im März d. J. übergebenen ersten Denkschrift gesagt wird, wie groß die Einfuhr der für Deutschland lebenswichtigen Rohstoffe vor dem Kriege war und wie diese Einfuhr sich nach dem Kriege infolge der Wirkungen des Friedensvertrages einschränken müßte. Für den Transport dieser Mengen von Rohstoffen würden bei strikter Durchführung des Friedensvertrages 700 000 Tonnen Schiffsraum fehlen. In der Erwartung, daß die Hälfte hiervon irgendwie anderweitig beschafft werden kann, kommt die Denkschrift zu dem Ergebnis, daß, wie schon in der ersten Denkschrift beantragt, Deutschland zur Vermeidung des wirtschaftlichen Zusammenbruchs 350 000 Tonnen seines eigenen zur Uebergabe an die Alliierten bestimmten Schiffsraumes anzuheben belassen werden müssen. Deutschland schlägt hierfür die folgende Regelung vor:

1. Die Ablieferung und Ueberweisung der noch in deutschem Besitz befindlichen Frachtschiffe über 1600 Bruttoregistertonnen wird auf 2 Jahre hinausgeschoben. Zum Ausgleich für die während dieser Zeit durch die Verwertung entstehende Wertminderung wird die deutsche Regierung einen angemessenen Abschreibungsatz zahlen.

2. Hinsichtlich der Schiffe zwischen 1000 und 1600 Tonnen erklärt sich der Wiedergutmachungsausschuß mit den bereits ausgeführten Schiffen dieser Größe befriedigt.

3. Soweit infolge der Auslieferung von Schiffen die Deutschland nach 1. und 2. überlassenen Schiffe nicht den Schiffsraum von 350 000 Bruttoregistertonnen erreichen, wird ihm der hieran fehlende Schiffsraum aus dem von Süd- und Mittelamerika heimkehrenden Frachtschiffen unter der Bedingung zu 1. zur Verfügung gestellt.

4. Die Wiedergutmachungskommission wird ersucht, den Maritime Service zu bevollmächtigen, über die Ausführung dieses Vorschlages mit der deutschen Schiffsablieferungsdelegation, welche sich jetzt wieder nach London begibt, zu verhandeln.

Die deutsche Note betont zum Schluß nochmals, daß, wenn Deutschland der geforderte Schiffsraum nicht befreit wird, das deutsche Wirtschaftsleben und die innere Ordnung Deutschlands in einer Weise gestört würden, daß die Erfüllung der deutschen Wiedergutmachungsverpflichtungen in Frage gestellt, wenn nicht unmöglich gemacht werden würden.

Ludendorff über seine Tätigkeit und seine Pläne.

Eine Unterredung in Holland.

In einer Depesche an den New York American schreibt der bekannte amerikanische Journalist Karl von Wegand, wie er General Ludendorff aufgepäpelt hat, und gibt darin anschließend ein Interview mit dem General. Wegand traf den General in idyllischer Landschaft am Ausgang eines Waldes. Aus den Aeußerungen Ludendorffs wollen wir die folgenden wiedergeben: Ich habe seit einiger Zeit nicht viel von der Welt gehört, sagte der General, ich lebe hier still und zurückgezogen, beschäftige mich mit Schreiben, lese viel, gehe spazieren und arbeite im Garten. Die körperliche Bewegung einerseits und die absolute seelische Ruhe andererseits erfrischt mich außerordentlich. — Aus Berlin geflohen, wie behauptet wird, bin ich nicht, aber ich habe Berlin verlassen, weil in Berlin genau wie im November 1918 maßlos gegen mich gehetzt worden ist. Mit allen Mitteln der Lüge und Verleumdung wurde gegen mich gekämpft. Ich beabsichtige aber in

einigen Tagen nach Berlin zurückzukehren. Ueber das Kapp-Lüttich-Unternehmen kann ich mich aus wohl begründeten Gründen nicht äußern, solange die gerichtlichen Untersuchungen schweben. General v. Lüttich, der unsere gebrochene militärische Kraft richtig einschätzte, hat ganz gewiß nicht den Gedanken eines möglichen Revanchekrieges gehabt, wie dies der frühere Reichskanzler Bauer fälschlich behauptet. Er hat allein die Gefahr des inneren und äußeren Kommunismus für Deutschland im Auge gehabt. Ich habe diese Neuerung des früheren Reichskanzlers sehr bedauert, denn sie mußte Frankreich mit Veranlassung zum Einmarsch nach Frankfurt und Darmstadt und für die unglückliche Forderung der Entwaflnung der Einwohnerwehren geben. Ueber die Möglichkeit eines neuen Militärvputsches sagte Ludendorff: Ich halte einen solchen Putsch für völlig ausgeschlossen und unsinnig. Die Gerüchte darüber sind lediglich Wahlmanöver und Mittel der Regierung, ihre im Grunde sehr erschlaffte Position noch zu halten. Ich betrachte diese Gerüchte als ein Verbrechen am deutschen Volk, weil sie immer wieder den Regierungen der Ententemächte Vorwand liefern, ihre Wölfer glauben zu machen, daß von Deutschland eine Militärreaktion und damit ein neuer Krieg drohe. Eine konservative Regierung im alten Sin-

ne des Wortes ist in Deutschland unmöglich. Ich würde gern eine konstitutionelle demokratische Regierung sehen, die ihre Hauptaufgabe in der Lösung der Wirtschaftskrisen sucht. Was wir jetzt erleben, ist eine lässliche Dilettantenregierung. (Und die Dilettanten des Kapp-Putsches, die Ludendorff doch mit seinem freundschaftlichen Rat unterstützte? D. Red.)

Ludendorff behauptete auch, daß das Sowjetstern in Rußland sich nicht auf die Dauer halten könne, wenn Deutschland nicht ebenfalls radikal werde, und daher verfolge die Sowjetregierung dieses Ziel mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln. Ludendorff betonte von neuem, daß Deutschland nie wieder zum alten Regime zurückkehren könne, denn das Volk sei darüber hinausgewachsen und würde es nie wieder anerkennen. Ludendorff schreibt zurzeit einen Nachtrag zu seinen Kriegserinnerungen. Darin sollen sehr wichtige Dokumente des Generalstabes veröffentlicht werden, die die Behauptung widerlegen sollen, er wäre allmächtiger Diktator gewesen und seine Politik wäre für Deutschlands Niederlage und Zusammenbruch verantwortlich. Am Ende der Unterredung drückte Ludendorff sein Vertrauen aus, daß Amerika, welches uns die Niederlage brachte, seinen Idealen treu bleiben und uns die Hand nicht verweigern werde, uns wirtschaftlich wieder auf die Füße bringen zu helfen.

Das Regierungsprogramm des Ministerpräsidenten Buck.

Die Mittwoch-Sitzung der Sächsischen Volkskammer, auf deren Tagesordnung als erster Punkt Mitteilungen des Ministerpräsidenten über die Regierungsabklärung standen, wurde 1/2 Uhr durch den Präsidenten Bräudorf eröffnet. Er erteilte sofort das Wort an

Ministerpräsident Buck,

der folgendes ausführte: Nach der am 4. Mai durch die Volkskammer vollzogenen Wahl des Ministerpräsidenten habe ich auf Grund der Bestimmung im § 12 des vorläufigen Grundgesetzes für den Freistaat Sachsen die Verpflichtung zur Berufung meiner Mitarbeiter für das Gesamtministerium erfüllt. Die Herren Dr. Harnisch, Heldt, Kühn, Dr. Reinhold, Schwarz und Dr. Seyfert haben sich nach Rücksprache auf mein Ersuchen bereit erklärt, die Arbeit in der sächsischen Regierung zu übernehmen resp. weiter zu führen. Zu meinem Stellvertreter habe ich den Minister des Innern Herrn Kühn bestimmt. Durch die Berufung der benannten Herren ist, wie wohl auch nicht anders erwartet wurde, an der seit Oktober 1919 geschaffenen

Koalitionspolitik festgehalten

und der Wille bekundet, die Arbeit zwischen Sozialdemokraten und Demokraten gemeinsam fortzuführen.

Ich werde im Bewußtsein der Schwere der übernommenen Verpflichtung den Versuch machen, den Forderungen meiner Volksgenossen gerecht zu werden, sie in gemeinsamer Beratung mit meinen Ministerkollegen vorzubereiten und mit Ihnen, meine Damen und Herren, zu vollenden und durchzuführen. In dieser Durchführung ist aber auch verständnisvolle Mitarbeit aller unserer Volksgenossen im Lande notwendig. Die sieben Männer der Regierung können von dem besten Willen besetzt sein und den eifrigsten Fleiß entfalten, ihre Arbeit bleibt wirkungslos, wenn nicht die Volkskammer und die Volksgenossen den Willen in die Tat umsetzen und dem toten Buchstaben der Gesetze und Verordnungen Leben und Geist geben. Ich richte daher den Appell zur Mitarbeit an alle, die guten Willens sind und gleich der Regierung den Wunsch haben, die uns durch den Weltkrieg hinterlassene Leidenszeit soweit es Menschen vermögen, abzukürzen.

Dazu ist die Erkenntnis nötig, daß zu der Titanenarbeit des Wiederaufbaues der zusammengebrochenen Wirtschaft außer der Hergabe der ganzen Verantwortlichkeit des Einzelnen auch das Maß von Geduld und Fähigkeit eingehalten werden muß, das allein die Sicherheit des gewünschten Erfolges verbürgt. In der Rede des Herrn Ministerpräsidenten Dr. Gradnauer vom 20. März 1919 in der Volkskammer wird Bezug genommen auf den

Aufruf der Volksbeauftragten an das sächsische Volk

vom 18. November 1918. In dem Inhalt dieser Rede bekenne ich mich nach wie vor, er wird auch während meiner nunmehr aufgenommenen Tätigkeit Rücksicht und Programm sein, das als solches nicht im Widerspruch mit den Grundanschauungen der deutschen Demokratie steht und auch übereinstimmt mit den Ausführungen des Ministerpräsidenten in der Volkskammer am 6. Oktober 1919.

Eine gewaltige Arbeit ist in politischer Beziehung in den letzten 18 Monaten geleistet worden, das erkenne ich an, dankbar der Männer gedenkend, die bisher in der sächsischen Regierung mit großem Fleiß versucht haben, alle Schwierigkeiten in unserer verarmten, unter den harten Bedingungen des Friedensvertrages am meisten mit leidenden Vaterlande zu überwinden. Wenn Erbitterung und Leidenschaftlichkeit, die Folgen von Not, Entbehrungen und verfehlten Hoffnungen, gemildert oder gar beseitigt sein werden — und diese Zeit, das hoffe ich zusehends, wird bald kommen —, wird die aufopfernde Arbeit der Minister Dr. Gradnauer und Ullig eine dauernde Würdigung erfahren.

Eine große gewaltige Arbeit ist trotz des Geschaffenen noch zu leisten. Tragen Sie alle dazu bei, daß es unserer gemeinsamen Tätigkeit gelinget, sie ohne weitere Erschütterungen unseres wirtschaftlichen Lebens zu vollführen.

Auf die von meinen Gesinnungsfreunden aufgestellten

elf Punkte,

die als Forderung der sächsischen Regierung unterbreitet sind, will ich heute folgendes bemerken: Der Punkt 5 ist durch den Rücktritt des Generals Märcker erledigt. Die Erfüllung anderer Punkte ist von der Reichsregierung oder der sächsischen Regierung in Angriff genommen und, soweit es noch nicht geschehen, soll in gemeinschaftlicher Zusammenarbeit der Erfüllung nähergetreten und im Geist der neuen Zeit vollendet werden.

Zu dem Inhalt von Punkt 8 habe ich mich in Meissen vor meinen Parteifreunden ausgesprochen; ich will auch hier und nun offiziell erklären, daß ich als für mich maßgebende Faktoren nur anerkenne die Reichsverfassung und das vorläufige Grundgesetz für den Freistaat Sachsen (Bravo!) die Nationalversammlung resp. den Reichstag und die Volkskammer. Eine andere Gewalt erkenne ich nicht an, daher auch nicht das Recht des Ministerpräsidenten der Exekutiv- oder Aktionsausschüsse der Arbeiter- oder Bürgerräte, die nicht das Recht haben, mitbestimmend neben oder über der Regierung und der Volksvertretung in die Verwaltung und Regierungstätigkeit einzugreifen. (Bravo!) Die gesetzgebenden Körperschaften repräsentieren den Willen des souveränen Volkes, niemand anderes, keine andere Körperschaft. (Sehr richtig!) Damit bekenne ich mich als Gegner jeden Terrors, jeder Gewalttat. Ich werde die ehrliche Ueberzeugung eines jeden Menschen respektieren und achten, wenn sie offen und rückhaltlos zum Ausdruck gebracht wird, selbst wenn dieser Ausdruck temperamentvoll und leidenschaftlich erfolgt.

Zu dem gegenseitigen Achten und Versehen ist Offenheit und Festigkeit unbedingte Voraussetzung, ich verspreche, mit rückhaltloser Offenheit und Festigkeit meine Tätigkeit zu beginnen und fortzuführen, nichts schön zu färben, nichts schwarzer zu malen, als es ist; die furchtbare Forderung, die noch Tausende drückende Arbeitslosigkeit, die Not von Tausenden von Kriegs- und Unfallverletzten, von Kriegserwittem und Waisen, die Summe zusammengebrochener Hoffnungen, Leid in Hülle und Fülle, die der beste Wille nicht in kurzen Zeit beseitigen kann, liegen wie ein Bleigewicht lähmend auf jeder Tätigkeit.

Eine Widerlegung des Glendes

kann schneller eintreten, wenn bei unseren streitenden Gegnern die Erkenntnis Beherrscherin der dortigen Geschehnisse wird, daß das deutsche Volk, das das Sachsenvolk, der Weltgeschichte lassen will, was diese mit Macht erfordert, daß wir das schaffende, aufwärtsstrebende Volk in der friedlichen Werkstatt der Welt sind und bleiben wollen, das als das höchste und notwendige die Erziehung und Pflege der Freundschaft mit allen Völkern, speziell auch mit unseren süßlichen Nachbarn, erzielen will und wird.

Dessen Sie, meine Damen und Herren, mit diesem Ziel zu erreichen; an dem guten Willen der Regierung soll es nicht mangeln. Bringen Sie uns aus dem ganzen Hause das Vertrauen entgegen, das ich Ihnen heute von der Regierung entgegenbringe, dann wird und die Erfüllung unserer gemeinsamen Arbeit trotz aller Gegenständigkeit der politischen Meinungen und des sächsischen leidenschaftlichen Kampfes gelingen. Vollendung des Wiederaufbaues unseres Vaterlandes, solange es als Freistaat als Glied der deutschen Republik besteht, zu

einem wahren Volksstaat, getragen und befruchtet vom Geiste der Volksgemeinschaft, der Demokratie und des Sozialismus. (Bebörte Bravorufe.)

Damit war Punkt 1 der Tagesordnung erledigt. Es wurde darauf in die Beratung des Antrages über baldige Wahlen zur Volkskammer eingetreten. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

Die Volkskammer wolle beschließen: die Regierung zu ersuchen, der Volkskammer einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach dem die Wahlen zur Volkskammer mit den am 6. Juni 1920 stattfindenden Wahlen zum Reichstag zu verbinden sind, und zwar nach folgenden Grundsätzen: Die Wahlkreise sind die gleichen wie für die Reichstagswahl, sie werden zu einem Verbandswahlkreis verbunden. Die Wahlvorschläge der Parteien sind dem von der Regierung bestellten Wahlkommissar einzureichen. Jede Partei kann ihre Wahlvorschläge mit denen der anderen Kreise verbinden. Eine besondere Abgabe von Stimmzetteln unterbleibt. Die bei der Reichstagswahl abgegebenen Stimmen der Parteien werden auf die Wahlvorschläge der betreffenden Partei für die Volkskammerwahl übertragen. Auf je 20 000 Stimmen entfällt ein Abgeordnetenmandat. Die in den Wahlkreisen verbleibenden Reststimmen werden im Verbandswahlkreis zusammengerechnet und auf die einzelne Partei verteilt. Die Volkskammer wird nach der amtlichen Feststellung des Wahlergebnisses aufgelöst.

Nach kurzer Aussprache wurde der Antrag dem Rechtsausschuss überwiesen und die nächste Sitzung auf den heutigen Donnerstag anberaumt.

Sozialdemokratische Reichskonferenz.

Die sozialdemokratische Reichskonferenz ist gestern vormittag im Reichstagsgebäude zusammengetreten. Für den verunglückten Parteivorstandenden Wels eröffnete der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion in der Preussischen Landesversammlung, Abg. Bartels, die Konferenz mit einem kurzen Ueberblick über die der Konferenz gestellten Aufgaben und über die Stellung der Sozialdemokratie zur Politik des Tages. Wir sehen, führte er u. a. aus, bei allen Parteien als Nachwirkung des Kapp-Putsch's Loslösungsbestrebungen. In unserer Partei ist der Ruck nach links stark zu verspüren. Das Mißtrauen der Arbeiter ist gewaltig gestiegen, und das Verhalten der bürgerlichen Koalitionsparteien in der letzten Zeit hat dieses Mißtrauen nicht gerade verringert. Auf dem Gebiete der Sozialisierung ist bisher wenig geschehen, die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit ist nicht beschlossen worden, und sehr verstimmt hat auch die Ablehnung des 1. Mai als gesetzlicher Feiertag. Der Verlauf der Waiserei hat aber gezeigt, daß die Arbeiterschaft die Macht hat, und daß sie sich diesen Forderungen erziehen kann. Die Stellung der Sozialdemokratie zu den Koalitionsparteien wird im Wahlkampf eine große Rolle spielen. Für uns ist die Koalition kein Ideal. Unter dem Zwange der Verhältnisse ist sie entstanden und aufrechterhalten worden. Bringen die Wahlen eine andere Parteigruppierung, bringen sie uns eine sozialistische Mehrheit, werden wir mit Freude und mit Erleichterung von der Koalition Abschied nehmen. Bleibt aber das Stärkeverhältnis der Parteien bestehen, so wird auch weiterhin eine Koalitionspolitik gemacht werden. Wir werden danach streben, sie nach links zu verschieben. Eine Ausdehnung der Koalitionspolitik nach rechts läme für uns nicht in Frage.

Nachdem zu Vorsitzenden der Konferenz die Abg. Bartels und Abbe, Breslau gewählt wurden, ergriff Scheidemann das Wort zum wichtigsten Gegenstand der Tagesordnung: Die kommenden Reichstagswahlen. Er warf zunächst einen Rückblick auf die politische Entwicklung der letzten drei Jahre. Die Politik der Unabhängigen und der Kommunisten habe die sozialistische Mehrheit und damit die rein sozialistische Regierung in Deutschland verhindert. Ohne Januar-Putsch von 1919 kein März-Putsch von 1920, ohne Bedebour kein April-Witz. So hätten die Januarwahlen von 1919 wohl einen gemächlichen Erfolg, aber nicht den ganzen Sieg gebracht. Wir wären, so führte Scheidemann weiter aus, in der Nationalversammlung eine Minderheit geblieben, selbst wenn wir mit den Unabhängigen zusammengegangen wären. Die Sozialdemokratie konnte sich unter diesen Umständen der Mitarbeit in der Regierung nicht entziehen, sie hätte sonst ihre Macht der Rechten ausgeliefert. So hat sie die Verbindung mit den bürgerlichen Parteien eingehen müssen, die sich bereit erklärten, beim Ausbau der Republik und bei einer Politik des sozialen Fortschritts behilflich zu sein.

Kleine politische Meldungen.

Reichspräsident Ebert aus seiner Berufsorganisation ausgesprochen. Wie die Freiheit mitteilt, wurde in der Generalversammlung der Sattler und Tapezierer in Berlin von den etwa 1200 Anwesenden gegen 5 Stimmen ein Antrag angenommen, den Reichspräsidenten Ebert auszuschließen wegen Unterzeichnung des Todesurteils gegen den Eisenstreicher Kapp. Die Anwesenden können den Reichspräsidenten nicht mehr als Kollegen anerkennen, weil er entgegen allen sozialistischen Programmen, welche die Todesstrafe verwerfen, gehandelt hat.

Die verweigerte Nämung Frankfurts. Die Times melden aus Paris: Frankreich teilte dem Rat der Alliierten mit, daß es den Zeitpunkt zur Nämung Frankfurts und der neutralen Zone auf Grund der Bestimmungen des Versailler Vertrages noch nicht für gekommen hält. Der Rat meldet, daß am Freitag der Alliiertenrat sich mit einem Einspruch Frankreichs zu befassen haben wird, der sich gegen die neuen militärischen Maßnahmen Deutschlands im Ruhrrevier richtet.

Eine verfrühte Hoffnung? Der Courant meldet aus London: Die Temps-Meldung von einer bevorstehenden Aufnahme der Deutschen in den Obersten Rat wird in London nicht ernst genommen. Morning Post, Times und Daily Mail versichern übereinstimmend, daß an amtlicher Stelle in London nichts davon bekannt sei, daß die alliierten Mächte beabsichtigen wollten, die Aufnahme Deutschlands in den Obersten Rat vorzubereiten. Reuter gibt die Temps-Meldung überhaupt nicht wieder.

Das Reichsgerichtsverfahren gegen die Kriegsverbrecher. Die Verfahren gegen die auf der Auslieferungungsliste stehenden Deutschen durch das Reichsgericht sind bisher über die allgemeinen Vorarbeiten nicht hinausgekommen. Vernehmungen der Beschuldigten durch den Oberreichsanwalt haben überhaupt noch nicht begonnen. Der französische Geschäftsträger hat über den Stand des Verfahrens am 3. Mai eine Vorstellung an die deutsche Regierung gerichtet.

Neue Lohnbewegung in Berlin. Die Berliner Industriearbeiter sind in neue Lohnbewegungen getreten. Die Verhandlungen gegen die auf der Auslieferungungsliste stehenden Deutschen durch das Reichsgericht sind bisher über die allgemeinen Vorarbeiten nicht hinausgekommen. Vernehmungen der Beschuldigten durch den Oberreichsanwalt haben überhaupt noch nicht begonnen. Der französische Geschäftsträger hat über den Stand des Verfahrens am 3. Mai eine Vorstellung an die deutsche Regierung gerichtet.

Amerika und der Friede. Westminster Gazette erfährt, daß der amerikanische Staatssekretär Colby den Alliierten zur Kenntnis brachte, daß eine Annahme des Versailler Vertrags im amerikanischen Senat nicht mehr zu erwarten sei. Westminster Gazette hält damit den Moment für die Revision des Versailler Vertrags für nahegerückt.

Der Streit um die deutschen Ferngeschäfte. Nach einer Meldung der Tribuna hat die vom tschechischen Kriegsministerium eingesetzte militärische Prüfungskommission festgestellt, daß die deutschen Ferngeschäfte, mit denen Paris aus einer Entfernung von 110 Kilometer beschossen wurde, in den Skodawerken in Pilsen fertiggestellt worden seien. Unseres Wissens sind die Geschäfte bei Krupp gebaut.

Kabinettskrisis in Warschau. Wie dem Nieuwe Courant aus Warschau gemeldet wird, sagen die Blätter voraus, daß das polnische Kabinett wegen der Opposition gegen die Politik der Regierung demnächst reorganisiert werden wird. Die Sozialisten dringen energisch auf Frieden und wollen bei der Neubesetzung des Kabinetts berücksichtigt werden.

Neuordnung der Gemeindeverfassung.

Der Volkskammer ist in diesen Tagen die im Ministerium des Innern bearbeitete Denkschrift zur Neuordnung der Gemeindeverfassung zugegangen. Nach Darstellung der parlamentarischen Ereignisse, die den Plan zu einer solchen Denkschrift veranlaßt haben, werden die allgemeinen Gesichtspunkte der Neuordnung in der Weise geschildert, daß zunächst eine Uebersicht über die Zahl und die Verhältnisse der vorhandenen sächsischen Gemeinden gegeben wird und dann weiter die Umwälzungen in der sozialen Struktur der Bevölkerung seit Abschluß der letzten Gemeindeform in den 70er Jahren, namentlich durch das Wachstum der Arbeiterschaft in ihrem Einfluß auf die Gemeindeverwaltung, gekennzeichnet werden.

Die Behandlung der für die Neuordnung der Gemeindeverfassung aufgetauchten Fragen und Wünsche erfolgt in der Hauptsache auf Grund der mündlichen und schriftlichen Antworten auf einem vom Ministerium des Innern herausgegebenen Fragebogen. Dabei wird zunächst die Frage aufgeworfen, ob der Bestand der sächsischen Gemeinden aufrechterhalten oder eine stufenweise Vereinigung der kleinen Gemeinden im großen Stil durchgeführt werden soll. Grundfänglich wird der Erhaltung der Gemeinden in bestimmter Anzahl und Klassen eingeteilt werden sollen. Vom Standpunkt der Selbstverwaltung erscheint eine einheitliche Gemeindeverfassung erwünscht. Die diesem Grundsatze entgegenstehenden Schwierigkeiten werden in einem weiteren Abschnitte besprochen, in dem vor allem die Frage, ob Ein- oder Zweikammer-System herrschen soll, behandelt wird. Wird vom Standpunkt der Selbstverwaltung eine Klasseneinteilung der Gemeinden abgelehnt, so wird ihre Notwendigkeit für die Landesverwaltung mit Rücksicht auf die verschiedene Leistungsfähigkeit der Gemeindeverwaltungen bejaht. Besonders wichtig ist die Behandlung der Frage, wie die Landesverwaltung für die Gemeinden geregelt werden soll, die sie nicht selbst durch ihre eigenen Organe ausüben können. Die Frage der Beibehaltung der Amtshauptmannschaften als staatliche Behörden oder ihre Umwandlung zu Selbstverwaltungsgörnern wird eingehend erörtern. Für die Ergänzung der Gemeindeverwaltung auf dem Gebiete der Selbstverwaltung wird dagegen die unbegrenzte Zulassung des freiwilligen Zusammenschlusses in den Vordergrund gerückt, es werden aber auch die Gründe für einen Zusammenschluß durch Zwang beleuchtet und namentlich die Stellung der bestehenden Bezirksverbände und ihr Ausbau behandelt. Der letzte Abschnitt endlich ist der Frage der Aufsicht über die Gemeinden gewidmet und will dem Streben der Gemeinden nach erhöhter Selbstständigkeit der Gemeindeverwaltung durch stärkere Abgrenzung der verschiedenen Fälle des Aufsichtsrechtes und der Mittel der Aufsichtsführung gerecht werden.

Von Stadt und Land.

Aus, 6. Mai 1920.

Spar- und Kreditverein für Aue und Umgebung.

a. Unter der Leitung des Vorsitzenden des Aufsichtsrates, Baumeisters Lederer, hielt unter Anwesenheit von 41 Mitgliedern ostern nachmittags 5 Uhr im Saale Karola der Spar- und Kreditverein für Aue i. Erzgeb. und Umgebung (e. G. m. b. H.) seine dies-

jährige ordentliche Hauptversammlung mit dem zur Beschlusse gelangten, von Direktor Hermann vorgetragenen Geschäftsbericht für das Jahr 1919 ist zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl 415 beträgt, die insgesamt 285 198,10 Mk. Einzahlungen auf 888 Geschäftsanteile (zu je 400 Mk.) geleistet haben. 289 Mitglieder haben ihren Wohnsitz in Aue und 17 außerhalb. Das Kassa-Konto weist an Einnahmen 81 201 483,80 Mk. auf, an Ausgaben 81 150 582,29 Mk. und zeigte am 1. 12. 1919 einen Bestand von 151 459,1 Mk. Die Haftsumme der Mitglieder stellt sich auf 285 200 Mk. Auf dem Geschäftswechsel-Konto (inkl. Vorschußwechsel) wurden 28 924 983,49 Mk. gegen 7 424 627,89 Mk. im Vorjahre umgesetzt, auf dem Konto-Korrent- und Bankverkehr-Konto waren 106 372 979,54 Mk. 89 300 882,85), auf dem Geschäftverkehr-Konto 14 788 222,42 Mk. (4 988 236,41 Mk.) auf dem Spareinlagen-Konto 9 981 704,20 Mk. (5 008 680,47 Mk.).

Die Jahresrechnung wurde richtig gesprochen und Vorstand und Aufsichtsrat einstimmig Entlastung erteilt.

Die Verwendung des Reingewinnes

in Höhe von 85 212,88 Mk. wurde nach einem Vorschlag von Vorstand und Aufsichtsrat wie folgt beschlössen:

1. 5% Gewinnanteil an d. berechtigten Anteile 10588,8
2. dem Reservefonds I 9890.-
3. dem Reservefonds II 12500.-
4. dem Effekten-Reserve-Konto 18200.-
5. Konto-Korrent-Rücklage 15000.-
6. Vergütung an Vorstand 6890.-
7. Vergütung an Aufsichtsrat 4850.-
8. Beschaffungsbefehle den Beamten 8370.-
9. dem roten Kreuz 100.-
10. Heimatbank Aue und Wöhntz 100.-
11. Vortrag auf neue Rechnung 7540.-

Neuwahl

von drei auscheidenden, sofort wieder wählbaren Aufsichtsratsmitgliedern, nämlich Baumeister Hermann Lederer, Aue, Fabrikant Wilhelm Diez, Wöhntz und Schlossermelster Eskar Wendler, Aue, ergab deren Wiederwahl. Die Neuwahl der Einschätzungskommission laut Paragraph 59 des Statutes ergab ebenfalls die Wiederwahl von Malermelster Wählmann, Gastwirt Kästner und Stadtrat Schöbert. Die Wahl eines Vorstandsmitgliedes für den im Felde verschollenen Herrn Weidmüller fiel auf den Kassierer des Vereins Schmeuser.

Weiter hatte die ordentliche Hauptversammlung beraten über eine

Änderung der Statuten.

Da nicht ein Viertel der Mitglieder anwesend waren, konnten laut Statut die Änderungen noch nicht beschlössen, sie sollten vielmehr einer Hauptversammlung vorgeschlagen werden, die in den nächsten vier Wochen einberufen und auf jeden Fall beschlußfähig ist. Die geplante Statutenänderung umfaßt folgende Punkte: Firmenänderung: Die neue Bezeichnung soll lauten: Vereinsbank Aue i. G.

Eine Erhöhung der Anteile ist vorgeschlagen, derart daß anstatt wie bis jetzt 8 jeder Genosse 15 Anteile zu je 400 Mk. entnehmen kann, wobei die Mindesteinzahlungen monatlich 10 Mk. (bisher 20 Mk.) betragen sollen (bisher 3 Mk.).

Weitere Anträge lagen nicht vor, so daß die ordentliche Hauptversammlung mit Erledigung dieses Beratungsstoffes ihr Ende erreicht hatte.

Reichstagswahl. Die Staatskanzlei gibt bekannt:

1. Der Reichspräsident hat durch Verordnung vom 30. April 1920 die Hauptwahlen zum Reichstag auf den 6. Juni 1920 festgesetzt. Nach § 12 des Reichswahlgesetzes sind die Wählerlisten und Wahlkartellen vom 9. bis 16. Mai 1920 öffentlich auszuliegen. Die Gemeindebehörden haben vor der Auslegung Ort und Zeit der Auslegung in ortsbühlicher Weise öffentlich bekannt zu machen und dabei darauf hinzuweisen, daß Einsprüche bis zum Ablauf der Auslegungsfrist bei der Gemeindebehörde anzubringen sind. Den Gemeindebehörden wird nahegelegt, die Einsprüche in die ausgelegten Wählerlisten oder Wahlkartellen auf, während der in die Auslegungsfrist fallenden Sonn- und Feiertage zu ermöglichen.

Zur Entscheidung über Einsprüche gegen die Wählerlisten oder Wahlkartellen oder gegen die Verfassung eines Wahlscheines sind zuständig: in den Städten mit rezidiertem Stadtordnung der Stadtrat, im übrigen die Amtshauptmannschaften mit dem Bezirksauschusse.

2. Nach § 2 des Wahlgesetzes ruht die Ausübung des Wahlrechtes für die Soldaten während der Dauer der Zugehörigkeit zur Wehrmacht. Zu den Soldaten im Sinne dieser Vorschrift gehören die Offiziere einschließlich der Sanitäts-, Paterinär-, Feuerwerks- und Zeugoffiziere, die Deckoffiziere, die Unteroffiziere und Mannschaften des Heeres und der Marine. Militärbeamte dagegen gehören nicht dazu; sie sind wahlberechtigt.

3. Deutsch-österreichern können nicht an der Wahl teilnehmen, da in § 1 des Wahlgesetzes ausdrücklich vorgeschrieben ist, daß nur Reichsangehörige das Wahlrecht haben.

Eine öffentliche Stadtverordnetenversammlung findet morgen, Freitag, den 7. Mai, nachmittags 1/8 Uhr im Stadtverordnetenversammlungs-saale statt mit folgender Tagesordnung:

1. Festsetzung der Vergütung der Ueberstunden der Fortbildungsschulstunden und der Stunden für weibliche Handarbeiten.
2. Unterstützung des Vereins der Kunstfreunde bei Veranstaltung von Volkstheateraufführungen.
3. Vorschlag an den Verein der Kunstfreunde zum Ausbau der Bürgergartenbahn.
4. Einsetzung eines Vermögensstodes zur Zahlung der Ruhegehälter der sädtischen Beamten.

- 5. Zeitpunkt der Ständigmachung der Realschullehrer Segne, Wöhr, Köhler, Dr. Sieber.
- 6. Erhaltung einer Badegelegenheit.
- 7. Erhöhung der Rente des Schornsteinfegers.
- 8. Erhöhung der Vergütung für Lieferung der Verpflegung an die Krankenwärterin.
- 9. Erhöhung der Verpflegungsätze im städt. Krankenhaus.
- 10. Hilfspflegerin im städtischen Krankenhaus.
- 11. Abordnung zum Besuche des Sächs. Gemeindetages.
- 12. Bewilligung eines städtischen Beitrages an die Freiwillige Feuerwehr aus Veranlassung ihres 50jähr. Bestehens.

Darauf folgt eine nichtöffentliche Sitzung.

Die Silbermark von der Reichsbank auf 5 Mark herabgesetzt. Infolge des Sinkens des Silberpreises wurde vom 3. Mai ab der Wert der Silbermark bei der Reichsbank und der Post von 8 auf 5 Mark herabgesetzt. — Wenn man berücksichtigt, daß im Jahre 1914 etwa eine Milliarde deutsches Silbergeld im Umlauf war, und daß bis jetzt an die Reichsbank nur etwa 100 Millionen Mark Silbergeld abgeliefert wurden, so erscheint dies ein Beweis, daß außerordentlich viel Silbergeld nach dem Ausland verschoben oder eingeschmolzen worden sein muß. Allerdings dürfte auch noch ein erheblicher Teil im Strumpf der Silberhämsterer stecken.

Hauptversammlung. Für Freitag, den 30. April, hatte der Wissenschaftliche Verein zu Aue seine Mitglieder zu einer Hauptversammlung zusammengerufen. Als wichtigster Punkt stand auf der Tagesordnung die Aussprache über die Erweiterung der Vereinszwecke. Sie führte zu dem Beschluß, zwei Abteilungen zu gründen, eine geisteswissenschaftliche und eine naturwissenschaftliche, die den besonderen Neigungen und Bestrebungen der Mitglieder Rechnung tragen sollen. Es ist dabei nicht nur an Vorträge, sondern auch an Gemeinschaftsarbeit in engerem Kreise gedacht. Außerdem werden, wie bisher, allgemein interessierende Vorträge in dem alten Rahmen gehalten werden. Die Wahlen ergaben als 1. Vorsitzenden Oberlehrer Professor Hentschel, als 2. Vorsitzenden Oberlehrer Dr. Sieber (Leiter der geisteswissenschaftlichen Abteilung), als 3. Vorsitzenden Oberlehrer Professor Dr. Pauli (Leiter der naturwissenschaftlichen Abteilung), als Kassier Oberlehrer Engelhardt (Handelschule) und als Schriftwart Dr. Rohr.

Lebensmittel für Aue am Freitag, den 7. Mai: Auf die Bezirkslebensmittelliste, Abschnitt N 1, für Kinder: 250 Gramm amerikanische Hafenerbsen für 90 Pfg. und 125 Gramm Zwieback für 85 Pfg.; für Erwachsene: 250 Gramm Bohnen für M. 2.80 und 250 Gramm Suppen für 90 Pfg. Auf Abschnitt N 2 125 Gramm Hafermehl für 85 Pfg. und 125 Gramm Hälftenmehl für 60 Pfg. — Am Freitag werden die Landeskartoffelarten C, Nr. 1 bis Nr. 2500, im Ernährungsamt gegen Bezirkskartoffelarten eingetauscht.

Rein Zuder zu Einmachszwecken. Wie wir hören, kann die Reichszuckerstelle rüchlich des ständig steigenden Zuderpreises auch für den Sommer 1920 eine Sonderzuweisung von Zuder zu Einmachszwecken nicht verfügen.

Aus dem Parteilieben.

Sozialdemokratische Reichstagskandidaturen für den Wahlkreis Chemnitz-Zwickau-Plauen. Eine Konferenz der sozialdemokratischen Bezirksverbände Chemnitz-Zwickau stellte für die Reichstagswahl folgende Kandidaten auf: Stücken, Schriftsteller, Berlin-Steglitz; Meier, Parteisekretär, Zwickau; Wolfenbühl, Stadtrat, Berlin-Schöneberg; Schilling, Witna, Hausfrau, Döbeln; Felsch, Redakteur, Chemnitz; Friedel, Gewerkschaftssekretär, Chemnitz; Jungnickel, Parteisekretär, Annaberg; Hartisch, Lehrer, Plauen; Schmidt, Richard, Geschäftsführer des Textilarbeiterverbandes, Reichenbach; Müller, Max, Redakteur, Chemnitz; Wagner, Selene, Hausfrau, Chemnitz; Dhwald, Richard, Elektrotechniker, Chemnitz; Starf, Elise, Textilarbeiterin, Zwickau; Richard, Geschäftsführer des Holzarbeiterverbandes, Schönheide.

Theater, Konzerte, Vergnügungen.

A. Dreizehnte Theateraufführung der Vereinigung der Kunstfreunde. Was dem gestrigen Theaterabend — dem dreizehnten der Vereinigung der Kunstfreunde — einen besonders pikanten literarischen Anstrich gab, das war die Gegenüberstellung des Schweden August Strindberg mit Frank Wedekind. Vor sehr gut besetztem Hause gab man des ersten Tragikomödie: *Gläubiger*... und Wedekinds *Groteske: Der Kammerlänger*. Beide Autoren sind Schilder des Weibes in ganz besonderer Art: Strindberg, durch unglückliche Eheverhältnisse in seinem klaren Urteil getrübt, häßt die Frau aus tiefer Seele, sieht in ihr nur ein böses, lügenhaftes Wesen; Wedekind kennt das, was andere Weib nennen, eigentlich überhaupt nicht, wohl mit der einzigen Ausnahme im *Kammerlänger*, stellt er sonst nur wurmliche Weibgestalten auf die Bühne. Strindberg bleibt auch in dem Einakter: *Gläubiger*... seinen Grundtönen treu, indem er zum so und so vielen Male zu beweisen versucht, wie der Mann am Weibe leidet und wie moralisch minderwertig das Weib sei. Wedekind, dem jedes Weib ein von Leidenschaften zerwühltes Käse ist, verachtet im *Kammerlänger* auf die Ausrollung problematischer Weibfragen und begnügt sich damit, mit Ironie, Satire und ein gut Stück Sozialphilosophie die Effekte der Lebensleidenschaft bis zum Freitod dem weiblichen Verständnis näher zu bringen. Und daß dabei einen den Grundtönen der Strindbergschen Tragikomödie geradezu diametral entgegengesetzten Fall auf, nämlich daß eine Frau am Manne zu Grunde geht. Insofern also war der gestrige Theaterabend besonders interessant, als er zwei Bühnen-Matadore der frankhaften Frauensphäre miteinander auf gleichem Wege zu verschiedenen Zielen brachte...

Zuerst boten die Gäste — wiederum Mitglieder des Chemnitzer Stadttheaters — Strindbergs *Gläubiger*. Der böse Geist (wohlverstanden: in Strindbergschem Sinne) heißt in diesem Einakter *Defia*. Ihren ersten Mann verdrät, ihren zweiten ruinirt sie. Als die Ehe mit dem zweiten hoch und drücklich geworden ist, kommt der Erste wieder und rächt sich, indem er das moralische Gedulde der zweiten Ehe vollends zum Einsturz bringt. In diesem dramatischen Rahmen entwickelt Strindberg grauenvolle Bilder der gefühlselchsten Art, die durch die vorzügliche Darstellung, insbesondere durch das Spiel von Georg Braach und Heinz Papp, zu geradezu plastischer Wirkung gelangten. Georg Braach als erster Gatte legte in seine Darstellung förmlich suggestives Kraft, fand einen Ton fühlbar Überlegenheit, der nie die Tragik zu stark unterstrich und unterließ es auch nicht, in zurückhaltend-vornehmer Weise daran zu erinnern, daß neben der Tragik in dem Einakter auch die Komik einen Platz hat. Heinz Papp als zweiter Gatte hatte auf die Komik keine Rücksicht zu nehmen, verließ dafür sein Spiel umso mehr durch inneres Erleben, was wehmütig und hart, sarkastisch und rauh, ein unfertiger, gebrochener, hilfloser Charakter. Die dritte Gestalt, die *Defia*, hatte in Alice Wegmuth eine den beiden anderen Rollen gleichwertige Vertretung; ihr Spiel steigerte sich mit dem Fortgange der Handlung zu voller Höhe. Scharf ließ sie den kalten Verstand in ihrem Gesicht an den

beiden Männern hervortreten und brachte dabei alle die Eigenschaften, die Strindberg der *Defia* zuschreibt, voll zur Geltung: moralische Minderwertigkeit, Koketterie, Nechtheit, spielerische Härtegründigkeit. — Die Ausstattung des Stückes war mit ihrem Ausbild in die Berge sehr stimmungsvoll.

Nach der schweren, aufregenden Strindbergschen Tragikomödie wirkte Wedekinds *Kammerlänger* fast wie Erlösung von einem Alpdruck. Bis auf den Pistolenschuß, der die tragische Groteske beendet, ist dieser Einakter, der beinahe gar kein Weibkind zu sein scheint, eine lebenswürdige gefühlvolle Plauderei. Der gelehrte Kammerlänger, mit allen Allüren eines vom Publikum verdrängten Künstlers von Heinz Papp trefflich verkörpert, ist auf dem Sprünge nach Brüssel zu reisen, wo er am kommenden Tage den Tristan singen soll. Da stört ihn in der letzten halben Stunde vor Abgang des Juges ein liebevolles Weibchen, das sehr nett von Emma Carobon gegeben wurde, ein feiner Meinung nach verkommenes Musikgenre, das Max Kühne Gelegenheit zu seiner Charakteristik gab, selbst von ihm Hilfe für sein Werk, und schließlich sagt sich eine von Leidenschaft für ihn verblendete Frau, mit viel Temperament von Dora M. Herwig dargestellt, eine Regel in die Brust. Da er nicht konträrbrüchig werden darf, läßt er, der Kammerlänger, die sterbende Geliebte im Hotelzimmer liegen, um nach dem Bahnhof zu eilen. Die Gesamtdarstellung war bemüht, alles Possenhafte zu vermeiden und verhofft dem Einakter zu vollem Erfolge. Während er das Publikum zu heiterer Laune anregte, zog die Strindbergsche Dichtung die Zuschauer tief in den Bann ihrer erschütternden Tragik...

Elternabend des kaufmännischen Jugendbundes. Der kaufmännische Jugendbund im V. D. B. zu Aue, der sich unter der Leitung seines Obmannes, Richard Zaeger, zu einer der führenden Jugendvereinigungen entwickelt hat, veranstaltete am Sonnabend seinen 4. Elternabend im Hotel Stadtpart. Daß auch zu diesem Abend etwas Gutes geboten werden wird, läßt sich bei der regen Tätigkeit dieses Bundes auf dem Gebiete der Jugendpflege voraussehen.

Die Carothheater-Bühnenspiele bringen ab Freitag das große 6-Akter-Dramen-Filmwerk: *Die Nacht der Prüfung*... ein Drama von Manuel Schöller. Dieser Kolossal-Film wird in der kaufmännischen Kritik als mit einer glänzenden phantastischen Handlung ausgestattet, bezeichnet. Die bunte Vielgestaltigkeit dieses Films, der ein literarisches Werk in darstellerischer Hinsicht, auch in der technischen-photographischen Reproduktion trefflich gelungenen Bildern vorführt, mißt spannende Kriminalistik, visionäre Phantasie und romantische Schicksalsmotive zu einem dichterischen Gebilde, das von der ersten bis zur letzten Szene den Zuschauer in Spannung hält. — Den zweiten Teil des Programms füllt ein Original-Wild-West-Schlager aus.

Zwickau, 5. Mai. Von den neun beim *Flitz* brand auf Wilhelmstraße II verunglückten Bergarbeitern sind nach mehrtägigen unausgesetzten Rettungsversuchen nunmehr die ersten vier als Leichen geborgen worden. Die Verlechte, den Brand einzudämmen, werden mit Erfolg fortgesetzt. Auf Wilhelmstraße I konnte die Belegschaft bereits wieder einmarschieren. Die Belegschaften auf Schacht II und III werden, solange diese Schächte noch nicht wieder befahrbar sind, auf Wilhelmstraße I mit verteilt.

Hohenstein-Ernstthal, 4. Mai. Der schlechte Geschäftsgang im Gastwirts-gewerbe macht sich auch hier bemerkbar. In den letzten Tagen wurden die Gasthöfe Deutsches Haus und Meisterhaus geschlossen. Sie wurden von der Stadt angekauft und sollen zu Industrie- und Wohnzwecken verwendet werden. Außerdem werden in den nächsten Tagen noch zwei weitere Gastwirtschaften und zwar die Zentralküche und Uhligs Restaurant geschlossen.

Leipzig, 5. Mai. Als den schwarzen Tag in der Finanzgeschichte Leipzigs bezeichnete Stadtverordnetenversammlung die letzte Stadtverordnetenversammlung, in der 45 Millionen Mark Mehrausgaben an Löhnen für händische Arbeiter bewilligt wurden, ohne daß dafür eine Deckung vorhanden ist. Man weiß keinen Ausweg und will abwarten, wie die Dinge sich entwickeln. Im Ausschuß wurde gesagt, daß man zwar die Erhöhung der Löhne beschlossen habe, ob die Stadt sie aber bezahlen könne, wisse man nicht.

Strahrgäßchen bei Ramenz, 5. Mai. Rindlichem Uebermut ist hier ein junges Menschenleben zum Opfer gefallen. Eine Anzahl Kinder hatte ein sogenanntes Hexenfeuer angezündet. Ein 9-jähriges Mädchen wurde von den Feuern ins Feuer gestoßen und erlitt dabei so schwere Brandwunden, daß es nach wenigen Stunden verstarb.

Deutscher Evangelischer Gemeindetag.

II. (Schluß.)

8. Eine Feler seltener Art bildete ein Gottesdienst wie zur Zeit und an der Wirkungsstätte Johann Sebastian Bachs, des Leipziger Thomaskantors. Unter Mitwirkung des Thomaskantors, geleitet von Professor Straube, war er durch Musik und Gesang reich ausgestattet. Auch die Abschnitte aus der Bibel wurden vom Liturgen Oberkirchenrat D. Cordes, Leipzig abgelesen. Die Predigt hielt Konfirmandat Renker, Leipzig. Unter starker Beteiligung fanden zwei Abendversammlungen statt. Für die Jugend und ihre Beziehungen zu Religion und Kirche sprachen die Professoren D. Raumann und Hennig sowie ein Student. Die Leipziger Ortsgruppe des Volkskirchlichen Laienbundes, der in Sachsen auf 300 000 Mitglieder angewachsen ist, veranstaltete einen Volkabend, an dem über die Gemeindegeldgaben für den Aufbau der Volkskirche von Prof. Dr. Weher, Göttingen, Frau Dr. Käthe Kaiser, Leipzig und Staatsminister a. D. Dr. Schröder, Dresden eindrucksvolle Vorträge gehalten wurden. Am letzten Tage leitete Pfarrer Geer aus Berlin, Moabit in scharfkantiger Weise das Problem Kirchenaustrittsbewegung und Kirchengemeinde. Unter starkem Beifall stellte er die Forderung auf: Da es sich um einen Austritt nicht aus der Einzelgemeinde, sondern aus der Kirche handelt, muß die Kirchengemeinde von der Kirchenbehörde bindende und jeden Pastor und jede Gemeinde verpflichtende klare Rechtsbestimmungen verlangen. (Eine dementsprechende Resolution wurde eingebracht.) Nur eine kirchliche und gemeindliche Tätigkeit hat Zukunftswert, die auf Bildung christlicher Lebensgemeinschaften hinführt. Darauf muß auch alle pastorale Tätigkeit hinführen. Sie darf sich weder in Einzelseelorge noch in von anderen Organen auch nur zum Teil sogar besser zu leistender Arbeit zersplittern. Nur dann werden unsere Kirchengemeinden eine Anziehungskraft behaupten, wenn sie etwas bieten, was anderswo nicht geboten werden kann: Christliche Lebensgemeinschaft. Letztere wurden in der regen, vielfach gegenseitigen Aussprache als Kern der Volkskirche allgemein anerkannt. Im Schlußwort dankte

der Vorsitzende D. Stad dem währigen Leipziger Arbeitsausschuß, an dessen Spitze D. Cordes und D. Raumann standen. Er wies hin auf das gerade vor 400 Jahren geschriebene Wort Luthers, daß Gott seiner Kirche durch den Laienstand helfen wolle. Welche Bewegungen dazu hat, wie seit seinem Bestehen, der Deutsche Evangelische Gemeindetag neu gegeben. Mögen sie wirken!

Letzte Drahtnachrichten.

Festsetzung der Entschädigungssumme. Paris, 6. April. Petit Parisien will wissen, daß das Hauptziel der im Laufe dieser Woche in London stattfindenden Besprechungen zwischen Chamberlain und dem französischen Sachverständigen sein werde, ein Einvernehmen zwischen Frankreich und England über die Entschädigung herbeizuführen, welche Deutschland zu zahlen habe und den Anteil Frankreichs an den Zahlungen festzustellen.

Oberschlesien. Ratibor, 6. Mai. Die blutig verlaufenen Polen-Rundgebungen vom Sonntag veranlaßten sämtliche politischen Parteien, Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände in Ratibor, einen energischen Protest an die interalliierte Kommission in Opatowitz zu richten, in welchem sie sofortige Bestrafung der Urheber, sowie deren dauernde Entfernung aus dem Abstimmungsgebiet fordern.

Berlin, 6. Mai. Die Vossische Zeitung meldet aus Breslau, daß das Gleiwitzer französische Kriegegericht den französischen Alpenjäger Desanti wegen Erziehung des Opatowitzer Güterverwalters Plagel zu 10 Jahren Deportation, Zwangsarbeit und Aberkennung der Ehrenrechte, verurteilt hat. Weiter wird mitgeteilt, daß eine alliierte Sonderkommission unter Leitung des Generals Pollet auf Grund der deutschen Beschwerden nach Oberschlesien unterwegs ist.

Die Besetzung der ersten nord-schleswigischen Zone. Berlin, 6. Mai. Wie der Lokalanzeiger aus Flensburg meldet, ist die Besetzung der ersten Zone durch dänische Truppen erfolgt. 250 Infanteristen trafen in Lønder, 2 Kompagnien mit Dampfer in Hadersleben, weitere Truppen mit einem Küstenpanzerschiff in Sonderburg ein. Ueberall fanden Empfangsfeierlichkeiten statt. Ein königlicher Erlaß an die Truppen fordert sie zur Höflichkeit und Takt allen Landbewohnern gegenüber auf.

Paris, 6. Mai. In der gestrigen Sitzung des Vorkommisstrates erklärte Sir Charles Worling, der Vorsitzende der internationalen Kommission für die Volksabstimmung in Schleswig, daß die Mitglieder der internationalen Kommission sich nicht vollkommen einig seien über die Festlegung der Grenzlinien. Nach dem Temps wäre die Kommission einig, die erste Abstimmungszone Dänemark zuzuweisen. Die zweite Abstimmungszone wollen der englische und der schwedische Delegierte Deutschland zusprechen, der französische und der norwegische Delegierte dagegen schlagen vor, vier Kommunen Dänemark zuzuweisen und den Rest bei Deutschland zu belassen. Die gesamte Kommission habe die Aufmerksamkeit des obersten Rates auf die schwierige Lage gelenkt, in welcher sich die dänischen Bewohner in der zweiten Zone befinden würden.

Die neuen Forderungen der Ortskrankenkassen. Berlin, 6. Mai. Zu den neuen Forderungen der Ortskrankenkassen, welche die Versicherungsbeiträge auf sieben Hundertstel des Grundlohnes erhöhen, berichtet der Lokalanzeiger, daß für die höchste jetzt einbezogene Einkommensklasse mit 15000 Mark demgemäß 1050 Mark Beiträge zu zahlen wären, sicherlich aber mehr, als die meisten Angestellten jährlich für ihre Krankheiten aufzuwenden hätten. Dazu kommt bei 15000 Mark Einkommen noch eine reguläre Reichseinkommensteuer von 2300 Mark.

Verhandlungen mit Sowjetrußland. Haag, 6. Mai. Nieuwe Rotterdamse Courant meldet aus London, der interalliierte oberste Rat habe beschlossen, daß Vertreter der wirtschaftlichen Abteilung unverzüglich nach Kopenhagen reisen sollen, um dort mit Krossin und anderen Delegierten der Sowjetregierung zu beraten. Die englische Regierung hat dem Sowjetdelegierten die Erlaubnis erteilt, nach London zu kommen.

Anarchistenunruhen in Italien. Rom, 6. Mai. Anarchistische Unruhen, welche sich gegen den Beschluß der Arbeitskommission wegen Beendigung des Streiks in Livorno aufzulekten, pflanzten zwei Waffentäter, wobei es zu einem Zusammenstoß kam. Eine Person wurde getötet, 20 verwundet, darunter 5 Carabinieri.

DRUCKSACHEN

Lieferung schnellstens.

Feinste Ausführung in schwarz und farbig.

Auer Druck- u. Verlagsgesellschaft.

Vermischtes.

Protest der Fernsprechnnehmer. In zwei Versammlungen von Fernsprechnnehmern in Berlin und Charlottenburg...

Unter dem Verdacht der Vermögensflehung nach dem Auslande steht ein Berliner Großkaufmann, der Direktor eines großen Werkes...

Bierfreiz. Wie die Braunschweigischen Neuesten Nachrichten melden, beschloß eine aus allen Teilen des Landes...

Raphinquellen in der Tschechoslowakei? Teilweise behauptet, daß man in der Tschechoslowakei an drei bis fünf verschiedenen Stellen auf Ruherst ergiebige Raphinquellen...

Kirchennachrichten.

St. Nikolai.

Morgen Freitag, den 7. Mai, abend 7 Uhr Versammlung des Jungfrauenvereins im Pfarrhauslaube. Sonntag Rogate, den 9. Mai: Kollekte für höhere Mission...

Ämliche Bekanntmachung. Fleischverteilung.

In der laufenden Woche werden auf Reichsfleischmärkten ausgegeben in dem Schlachtbezirk:

Table with 2 columns: Item description and Price. Includes items like Schweinefleisch, Rindfleisch, and various cuts.



Herrnmarkenwäsche. Hochvernelme Ausführung. Lieferung innerhalb 1 Woche. Erste Auer Dampfwäscherei J. Paul Breitschneider.

Obituary notice for Frau Helene Marie Kehr, geb. Möckel. Includes text about her death and funeral arrangements.

Advertisement for Kopfhärwässer, Stern & Gauger, Bindfaden, Zigarren, and Pfälzer Zigarren.

Advertisement for Laufjunge (boy) and Ein Laufjunge und ein kräftiges Schulmädchen.

Advertisement for Apollo-Lichtspiele Aue, featuring Die Musternprinzessin and Die Bodega von Los Guerreros.

Advertisement for Hermann Reinhold u. Frau, geb. Schönfelder, Bergstr. 14, am 5. Mai 1920.

Advertisement for Lührtiger Kaufmann, Großhandlung in Trikots, Wirt- u. Strickwaren.

Advertisement for Ehrliche saubere Frau zum Reinigen der Kantaräume.

Advertisement for Carolatheater-Lichtspiele Aue, featuring Die Nacht der Prüfung.

Advertisement for Der neue Postgebühren-Tarif, Masnids Buchdruckerei, and Fahrradhaus.

Advertisement for Erholungsaufenthalt, featuring two empty, sunny rooms near the church.

Advertisement for Gehrock mit Nase, Ein Posten Gardinen, and Bettstellen.

Advertisement for Die Banditen d. Prairie, featuring a Wild-West film.

Advertisement for Kartoffeln auf Landeskartoffelkarte C, Gustav Voigt, Aue.

Advertisement for Achtung! Stadtbrauerei in Aue, featuring Strümpfe.

Advertisement for Möbl. Zimmer, Darlehen + Kapital, and Kisten und Kartons.

Advertisement for Metallbetten, Zukunft!, and Gummwaren.

Advertisement for Kabeljau, Scheinerts Feinstoffhandlung, and Hafermehl.

Advertisement for Carl Magga, featuring Strümpfe and Hafermehl.

Advertisement for Frauen, welche leichte Entbindung, featuring a woman and child.

Advertisement for Frauen, welche leichte Entbindung, featuring a woman and child.